

Menge“. „Die Linke/PDS ist also eine Zwangssymbiose aus Vorturnern und Steif-Riegen.“ (S. 246)

Das Buch gibt einen authentischen Einblick in die Vorstellungswelt eines einstmals führenden Kommunisten, der schon lange über seinen Schatten gesprungen ist. Die Kritik am realen Sozialismus ist fundamentaler, die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie prinzipieller Natur. *Schabowski*, der seine bittere Lektion gelernt hat, erteilt nun Unbelehrbaren seinerseits eine Lektion, keineswegs in behelndem Duktus.

*Eckhard Jesse*

### Rechtsextremismus: Neue Forschungsbeiträge mit vielen Details und aktueller Problemsicht

*Braunthal, Gerard: Right-Wing Extremism in Contemporary Germany, Palgrave Macmillan, Houndmills / Basingstoke 2009, 280 Seiten, € 64,-.*

*Weckenbrock, Christoph: Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung, Bouvier, Bonn 2009, € 25,-.*

*Christoph Weckenbrock* und *Gerard Braunthal* nähern sich auf unterschiedliche Weise einem ähnlichen Forschungsgegenstand. Beide Arbeiten beleuchten den Erfolg der extremen Rechten in Deutschland, seine gesellschaftlichen Hintergründe sowie die Optionen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung, der freiheits- und demokratiefeindlichen Idee des Rechtsextremismus wirksam zu begegnen. Während die in ihrer Vielzahl an Informationen beeindruckende Untersuchung von *Gerard Braunthal* den Rechtsextremismus in Deutschland in all seinen Facetten beleuchtet, stellt die Arbeit von *Christoph Weckenbrock* die streitbare Demokratie in den Vordergrund. Analysiert werden vor dem Hintergrund der jüngsten Erfolge der NPD die Konzeption der streitbaren Demokratie, ihre Interpretation im politik- und rechtswissenschaftlichen Diskurs sowie die Auswirkungen der Erfolge der NPD auf dieses Demokratieschutzprinzip.

*Braunthal* charakterisiert den parteipolitischen Rechtsextremismus auf der Grundlage typischer Einstellungs- und Verhaltensmuster. Hierzu werden Merkmale wie Nationalismus, Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus sowie das soziale beziehungsweise psychosoziale Geschlecht gezählt. Untersucht wird in der Folge die historische Entwicklung des parteipolitischen Rechtsextremismus in Deutschland. Aufgrund des hierzu eher übersichtlichen Forschungsstandes ist der Abschnitt über rechtsextreme Tendenzen in der DDR hervorzuheben. Der von der Partei- und Staatsführung der DDR propagierte Antifaschismus und das beharrliche Verneinen rechtsextremer Tendenzen in der DDR halten einer empirischen Untersuchung nicht stand. Allerdings hat sich der Rechtsextremismus der DDR nicht in Parteien organisiert (S. 36 ff.). Vielmehr gab es mehr oder weniger lose organisierte Gruppierungen, deren zumeist jugendliche Mitglieder dem sozialistischen System insbesondere in den späten 1980er Jahren kritisch gegenüberstanden (S. 41). Insbesondere in den letzten Jahren des DDR-Regimes kam es zu einer Radikalisierung dieser Gruppen, die sich in gewaltsamen Übergriffen und der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstät-

ten zeigte (S. 39 ff.). Basis rechtsextremer Einstellungen in der DDR, die sich nach Meinung des Autors in den Mittelstädten ballten, war die Furcht vor einer weiteren Verschlechterung der allgemeinen Versorgungslage (S. 38).

Im Fortgang der Untersuchung wertet *Braunthal* die Strukturen, Programme, Wahlerfolge sowie die politische Einflussnahme der drei führenden rechtsextremen Parteien in Deutschland aus. Er diskutiert die Mobilisierung von Republikanern, DVU und NPD und deren Auswirkung auf die demokratische Verfassungsordnung. Die Zukunftschancen des parteipolitischen Rechtsextremismus in Deutschland sieht *Braunthal* insbesondere davon abhängig, inwieweit dessen führende Repräsentanten in der Lage sind, gemeinsame Positionen zu besetzen und strategische Allianzen zu bilden. Dem stehen die unterschiedliche Tradition und das voneinander abweichende Selbstverständnis dieser Parteien entgegen, die keineswegs zufällig bis heute miteinander konkurrieren (S. 74 f.).

Der Analyse des parteipolitischen Rechtsextremismus schließt sich die Betrachtung weiterer rechtsextremer Akteure in Deutschland, insbesondere der Neonazigruppen, Skinheads, Jugendorganisationen und Freien Kameradschaften an (unter anderem S. 107 – 114). *Braunthal* sieht in der Existenz neonazistischer Gruppen ein wesentliches Element der jüngsten rechten Mobilisierungswelle. Das Verbot rechtsextremer Gruppen verhindert also keineswegs die Gründung neuer, organisatorisch loserer Formationen (S. 77). Im Osten Deutschlands seien diese nicht länger nur eine Subkultur, sondern in einigen Dörfern oder Kleinstädten zu einem gesellschaftlichen Einflussfaktor geworden (S. 89 f.). Bei der Suche nach den Ursachen für die Existenz rechtsextremer Einstellungsmuster in der ostdeutschen Gesellschaft verweist *Braunthal* auf die enttäuschte Hoffnung der jüngeren Generation sowie der ihrer Eltern, dass das demokratische System einige der egalitären Prinzipien der DDR übernehmen würde. Stattdessen dominiere aber die Wahrnehmung, nach der deutschen Einigung als Bürger zweiter Klasse behandelt worden zu sein (S. 96).

Ergänzt wird die Analyse um ein Kapitel zur Propaganda und den Rekrutierungsmustern der rechtsextremen Szene, die sich sowohl traditioneller Medien wie Zeitungen, eigener Verlagshäuser sowie Kultur- und Denkstätten als auch moderner Kommunikationsformen wie frei zugänglicher Computersoftware und besonderer Musikangebote bedient (S. 117 – 136). Außerdem werden die so genannte „Neue Rechte“ analysiert und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen diskutiert (S. 199).

*Braunthals* Studie zeichnet sich durch eine beeindruckende Informationsfülle aus. Bisweilen geht der Argumentationsgang dabei aber verloren. So scheint beispielsweise das Kapitel über die „Neue Rechte“ eher aus einem Vollständigkeitsanspruch des Buches zu erwachsen. *Braunthal* gelingt es so aber, alle in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus relevanten Themen aufzugreifen.

Die Arbeit von *Martin Weckenbrock* konzentriert sich im Gegensatz dazu auf ein Kernthema. Er leitet das Prinzip der streitbaren Demokratie aus den demokratietheoretischen Diskursen nach dem Ende der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus und dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie ab. Im Anschluss wird dessen Umsetzung im Grundgesetz anhand des Parteien- und Vereinsverbots, der Verwirkung von Grundrechten, der Verfassungstreupflicht der Beamtenschaft sowie der strafrechtlichen Elemente des Verfassungsschutzes dargelegt. Die Konzeption der streitbaren Demokratie gründe sich, so *Weckenbrock* unter Bezugnahme auf *Karl Mannheim*, einerseits auf die „Verständigung der Gesellschaft auf einen unveräußerlichen Wertekonsens freiheitlicher demokratischer Natur und die Notwendigkeit, diesen unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit im Spannungsfeld von

individueller Freiheit und Demokratieschutz [...] zu schützen“ (S. 25). Andererseits liegt dem Prinzip die von *Karl Löwenstein* formulierte These zugrunde, dass die Demokratie ihren Feinden mit den gleichen Mitteln entgegentreten müsse, mit denen ebendiese agieren. Hieraus wird das Prinzip einer staatlichen Militanz abgeleitet, „die der totalitären Herausforderung auch mit der zuvor tabuisierten Einschränkung von ‚fundamental rights‘ wie Meinungs- und Vereinigungs- oder Pressefreiheit begegnet“ (S. 26).

Das Demokratieverständnis der Bundesrepublik, so *Weckenbrock*, lasse sich nicht mit einem jakobinischen Freiheitsbegriff („Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“) abbilden, da fundamentale Menschen- und Freiheitsrechte in der Demokratie fraglos auch für Extremisten gelten. Der streitbaren Demokratie des Grundgesetzes liegt vielmehr der Gedanke „Keine Freiheit zur Beseitigung der Freiheit“ zugrunde (S. 69). Dass sich dieses Verständnis stets in dem Spannungsverhältnis zwischen Demokratieschutz und einer gewissen Beschneidung demokratischer Grundrechte bewegt, wird anschließend anhand politik- und rechtswissenschaftlicher Diskurse gezeigt (S. 70 ff.). Dies schließt auch die Betrachtung des jüngsten NPD-Verbotsverfahrens ein. Der Verbotsantrag war, so der Autor, in erster Linie nicht Folge vermehrter rechtsextremer Straftaten, sondern die Konsequenz aus dem in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck von einer wachsenden Gefahr durch die rechte Szene (S. 100).

*Weckenbrock* erläutert dann die strategische Neuausrichtung der NPD in den letzten Jahren, die maßgeblich von ihrem Vorsitzenden *Udo Voigt* vorangetrieben wurde (S. 115). Die jüngst beobachtete gesellschaftliche Verankerung, der „Kampf um die Straße“ als Teil der so genannten Drei- beziehungsweise Viersäulenstrategie der NPD, wird dabei umfassend aufgearbeitet (S. 117 f.). Die Partei konzentrierte sich im Interesse des Wahlerfolgs auf potenzielle Hochburgen, in denen sie die Anbindung an lokale Eliten bis hin zum „unpolitischen Bürgermeister“ suchte (S. 130). *Weckenbrocks* Untersuchung bestätigt die These, dass die Gefahr der NPD weniger aus ihrem Parteiprogramm erwächst als vielmehr aus ihren Wahlkampfbroschüren, Schriften und Interviews in der „Deutschen Stimme“, Mitteilungen, Stellungnahmen sowie den Vorträgen im Rahmen ihrer Demonstrationen (S. 140). Trotz des juristisch umstrittenen Verbots gibt es deutliche Anzeichen dafür, „dass die NPD ihren Zielen und Handlungen nach eindeutig verfassungswidrig ist“ (S. 147).

Hätte ein erneuter Anlauf, die NPD durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen, Aussicht auf Erfolg? Aus Sicht von *Weckenbrock* könnten zumindest drei Gründe dafür sprechen, ein Verbotsverfahren in Erwägung zu ziehen (S. 153 ff.): Die NPD habe sich erstens insbesondere in Ostdeutschland etabliert und gehöre zur gesellschaftlichen Normalität. Dadurch sei „damit zu rechnen, dass die ‚alltagskulturelle Subversion‘ der Normalbürger noch weiter fortschreitet“ (S. 153). In einem erneuten Verbotsverfahren läge ein nahezu notwendiger Schritt, um der vom Autor konstatierten „Faschisierung der Provinz“ entgegenzutreten (S. 154). Diese normative Unterscheidung zwischen „Normalbürgern“ sowie nach diesem Verständnis „Nicht-Normalen“ ist aber juristisch unhandlich. Stärker scheint da schon das zweite von *Weckenbrock* benannte Argument, nämlich der Verweis auf die von der NPD unterstützte gewaltbereite rechtsextreme Szene, die die Frage der Schutzpflicht des Rechtsstaates gegenüber seinen Bürgern aufwirft (S. 155). Interessant ist zudem der von *Weckenbrock* angeführte Punkt des unübersichtlichen Finanzgebarens der Partei, die Gelder mutmaßlich auch rechtswidrig verwendet (S. 158 f.). Dennoch weist der Autor ausdrücklich darauf hin, dass gerade Verbote maßgeblich zu Umstrukturierungen in der rechtsextremistischen Szene beitragen (S. 181 f.).

Beide Bücher zeichnen sich durch eine große Fülle an Informationen aus. Die Arbeit von *Weckenbrock*, in ihrem Umfang für eine Magisterarbeit sehr ambitioniert, ist inhaltlich stringenter aufgebaut. Eine gesellschaftliche Verständigung über die Möglichkeiten und Grenzen der streitbaren Demokratie und die damit verbundenen Fragen zum Umgang mit verfassungsfeindlichen Parteien bleiben vor dem Hintergrund des anhaltenden Erfolgs der NPD weiter hoch aktuell. Für die inhaltlich umfassende Einarbeitung in die verschiedensten Facetten des Rechtsextremismus in Deutschland ist hingegen die Arbeit von *Gerard Braunthal* eher zu empfehlen.

Sebastian Rehse

### Gelungene Festschrift für Bonner Gelehrten: Wissenschaftsethos im Praxistest

*Bracher, Karl Dietrich, Hans-Adolf Jacobsen, Volker Kronenberg und Oliver Spatz (Hrsg.): Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bouvier Verlag, Bonn 2009, 429 Seiten, € 49,-.*

Würde man heute in einer Art „Praxistest“ Abgeordnete der Landtage, des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlaments danach fragen, wo sie ihre Ausbildung erhielten, so würde zweifellos die Universität Bonn überraschend oft genannt werden. Das ist keineswegs verwunderlich, denn das Seminar für Politische Wissenschaft der Bonner Universität war über Jahrzehnte von nur an diesem Ort möglichen Besonderheiten geprägt – nämlich von den hier sehr engen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik. Daher blieb das politikwissenschaftliche Seminar in Bonn auch zumeist von den oft sehr realitätsfernen linksdogmatischen, ja fundamentalistischen Ideologisierungskursen verschont, wie sie anderswo, zumal für die Zeit nach 1968, dominierten. Stets hatten die Studenten und Absolventen des Bonner Seminars die Chance, ihr theoretisches Wissen in der Praxis zu überprüfen und weiterzubilden – vor allem durch ihre Mitarbeit für die Abgeordneten oder im vielfältigen parlamentarischen Betrieb.

Unterstützt wurden sie darin von Gelehrten, die zentrale Forschungsgebiete repräsentierten. Genannt seien hier nur *Karl Dietrich Bracher* für die zeitgeschichtlichen Aspekte, *Hans-Adolf Jacobsen* für die internationalen Beziehungen sowie nicht zuletzt *Manfred Funke* für die politische Ideen- und Theoriegeschichte mit einer ausgeprägten Hinwendung zu aktuellen Problemen wie dem Extremismus oder der Politischen Kultur. Er war es auch, der die Verbindung hielt zur politischen Bildung, indem er – oft gemeinsam mit *Bracher* und *Jacobsen* – mehrere, zu einzelnen Fachgebieten grundlegende Sammelbände für die Bonner Bundeszentrale für politische Bildung edierte. Eng verbunden mit dieser publizistischen Arbeit des Seminars war die Politikberatung für Regierung und Parlament, wengleich diese eher unspektakulär erfolgte.

Durch solche Orientierung an den Erfordernissen politisch-parlamentarischer Praxis sowie an den akademischen Lehr- und Lernbedürfnissen blieb die „Bodenhaftung“ des Bonner Seminars bewahrt. Hinzu kamen die für das politische Bonn charakteristischen Merkmale der Bescheidenheit und des Maßhaltens sowie die Abneigung gegen Extremismen jeglicher Art – glückliche Eigenschaften für die Politikwissenschaft wie für die Politik selbst.